



Haushalt 2023: Antrag der Fraktion B90/ GRÜNE auf Durchführung eines Fachtages "Beteiligung von Jugendlichen in den Kommunen"

VO/2022/110	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 16.11.2022
<i>FB 3 Jugend und Familie</i>	Ansprechpartner/in: Thomas Voerste
	Bearbeiter/in: Heike Krause

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
16.11.2022	Jugendhilfeausschuss (Entscheidung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag die Einstellung von 3.000€ in den Haushalt 2023 für die Organisation und Durchführung eines Fachtages durch die Verwaltung zum Thema „Beteiligung von Jugendlichen in den Kommunen“ zum Austausch über kommunale Konzepte im Sinne von „Best Practice“.

Sachverhalt

Siehe Antrag

Relevanz für den Klimaschutz

entfällt

Finanzielle Auswirkungen

3.000€

Anlage/n:

1	B90-Die Grünen_Antrag Beteiligung Junger Menschen_JHA_16-11-22
---	--

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISHAUS, 24768 RENDSBURG

An die Vorsitzende des
Ausschusses für Jugendhilfe
Kreistag Rendsburg-Eckernförde
Frau Beate Nielsen
Kaiserstr. 8-10
24768 Rendsburg

**Kreistagsfraktion RD-Eck
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreishaus
Kaiserstr. 8-10
24768 Rendsburg
Tel. 0152-2846 7350**

Rendsburg, 16.11.2022

**Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16. November 2022
TOP 8: Anträge zum Haushalt 2023**

Sehr geehrter Frau Nielsen,

die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN beantragt zum TOP 8 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16. November:

Für die Organisation und Durchführung eines Fachtages durch die Verwaltung zum Thema „Beteiligung von Jugendlichen in den Kommunen“ soll es einen Austausch über kommunale Konzepte im Sinne von „Best Practice“ geben. Dafür werden 3.000 Euro im Haushalt 2023 eingestellt.

Begründung:

In den politischen Gremien befinden sich sehr wenig junge Menschen. Politische Entscheidungen betreffen in der Regel die Zukunft: Sie legen die Eckpunkte für die zukünftige Entwicklung fest. Das bedeutet, dass junge Menschen zu mehr Teilhabe, Mitgestaltung und Mitentscheidung motiviert werden sollten. Bei Kommunalwahlen und jetzt auch bei Europawahlen liegt das Wahlalter bei 16 Jahren. Der Gesetzgeber schreibt den Kommunen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Vorhaben vor, die deren Belange berühren (Gemeindeordnung Schleswig-Holstein §47 f.). Diesen Auftrag der Kommunen, wollen wir mit unserem Antrag durch die Ausgleichsfunktion des Kreises unterstützen. Insbesondere ehrenamtlich geführte Gemeinden wollen wir so unkompliziert und praxisnah ein Angebot machen.

Die Veranstaltung soll den Auftakt bilden für eine gezielte und den Vorstellungen von jungen Menschen angepasste politische Beteiligung. Interessierte Kinder und Jugendliche aus

unserem Kreis, Vertreter*innen der Kommunen und den Jugendorganisationen der Parteien erscheinen uns sinnvoll als Teilnehmer*innen. Erfolgreich umgesetzte Konzepte wie z. B. ein Jugendparlament sollten als Anregung vorgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Gonnermann und Lukas Stratmann